

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

viele wissen es noch: Der Dorfladen war ein zentraler Punkt im öffentlichen Leben auf dem Land, er war weit mehr als eine Einkaufsstätte. Auch wenn die Schlangen mal kurz waren, kam man ins Gespräch. Heute fehlt vielerorts nicht nur die Kneipe, sondern auch der Laden, und der Wocheneinkauf wird in der nächstgelegenen Stadt erledigt – wer kein Auto hat, muss sich damit oft plagen. Das Ladensterben auf dem Land bewegt viele. Wir sagen: Der Laden muss zurück ins Dorf, wo immer das geht! Denn ein täglicher Einkauf in der Nähe gehört zur sozialen Grundversorgung in Sachsen.

Ich habe bei der Landesregierung nachgefragt, wie viele Geschäfte der Nahversorgung im Verlaufe des letzten Jahrzehnts dichtgemacht wurden und wo es weiße Flecken gibt. Zugleich brauchen wir einen Überblick über die Lichtblicke der Neugründung von „Dorfläden“, „Dorfkonsum“ und „Bürgerladen“. Die Staatsregierung soll Rechenschaft ablegen, welche konkreten Projekte sie wie gefördert hat. Das Wichtigste aber ist: Die Staatsregierung soll sagen, wie sie die Wiederherstellung der flächendeckenden Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs unterstützt hat. Meine Vermutung ist: Das wird sie so gut wie gar nicht getan haben.

Sachsen braucht eine Regierung mit richtigen Prioritäten – der gesellschaftliche Zusammenhalt muss dazu gehören. Wir wollen öffentlich geförderte Dorfläden! Oft empfiehlt sich dafür die Form einer Genossenschaft. Mancherorts haben Menschen bereits allein oder mit anderen die Initiative ergriffen, wie in Rabenau bei Freital. Es ist höchste Zeit. Wir werden uns kümmern.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Soziale Frage für fast alle: Wohnen

Sachsen hat riesigen Nachholbedarf bei der Wohnungspolitik – das wissen vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner von Dresden (Stichwort Vonovia) und Leipzig, aber nicht nur sie. Auch in mittelgroßen Städten gibt es inzwischen Engpässe. Insbesondere große Familien sowie Ein-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen haben auf dem Wohnungsmarkt kaum noch Chancen.

Vor allem Wohnungen im unteren Preissegment fehlen

Ohne Wohnung ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Aber gerade Haushalte mit geringem Ein-

doch auch in Klein- und Mittelstädten oder anderen wirtschaftlich dynamischen Regionen werden Wohnungen gebraucht“, so **Enrico Stange, Sprecher der Linksfraktion für Wohnungspolitik**.

Das zentrale Problem sei und bleibe, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit breiter Gruppen von Mieterinnen und Mietern nicht Schritt halten könne mit der Entwicklung – Wohnkosten und Nebenkosten steigen.

Der Zuzug in die Großstädte und deren Umland habe die Lage dadurch verschärft, dass einerseits der Leerstand fast aufgebraucht ist und vor

„Wir wollen Wohnraum, der bezahlbar ist, barrierefrei, altersgerecht, kinder- und klimafreundlich. Dafür soll es staatliche Fördermittel geben. Im Gegenzug sollen geförderte Wohnungen Belegungs- und Mietbindungen bekommen, damit sie gezielt denen zugutekommen, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben“, so Stange. „Und wir wollen auch Wohnumfeld- oder Quartiersmaßnahmen durchsetzen, damit die Viertel sozial durchmischte werden und bleiben.“

Nur die zügige Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, gerade in Städten mit hoher Anziehungskraft, könne dem Preisauftrieb



Bild von Michael Gaida auf Pixabay

kommen finden insbesondere in den Ballungsgebieten kaum noch eine bezahlbare Bleibe. In Dresden und Leipzig fehlen laut der Hans-Böckler-Stiftung schon jetzt etwa 87.000 Wohnungen im unteren Preissegment. 676.000 Personen in Sachsen gelten als arm, das ist fast ein Fünftel der Bevölkerung! Allein in Chemnitz, Dresden und Leipzig sind 183.000 Haushalte davon betroffen.

Sachsens Regierung handelt nicht – während die Zahl der Sozialwohnungen sinkt

Und was macht die Regierung? Sie schafft keine Abhilfe. 2012 gab es im Freistaat noch 42.000 Sozialwohnungen, schon das sind erschreckend wenige. Ende 2018 waren es nicht mal mehr 12.000 Wohnungen. „Wohnen ist DIE soziale Frage in den deutschen Großstädten geworden.

allein der privatwirtschaftliche Wohnungsbau auf Luxuswohnungen setzt, weil sich im unteren Preissegment keine oder geringe Renditen erzielen lassen. Staatliche Regulierung sei notwendig, so Stange.

Fördermittel gezielt nutzen und einen klaren gesetzlichen Rahmen setzen!

Sachsen bekommt noch bis Ende 2019 Geld vom Bund für den sozialen Wohnungsbau. Die Linksfraktion will, dass es zielgerichtet eingesetzt wird, um neue Sozialwohnungen zu bauen, die durch Belegungsbindung auch für lange Zeit für Menschen mit wenig Geld zur Verfügung stehen. Dafür haben wir ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das dafür eine klare Grundlage schafft (Landtags-Drucksache 6/17549). Öffentliches Geld soll es nur für Gegenleistung geben.

entgegenwirken. Sowohl die Städte als auch die ländlichen Gebiete müssen dabei im Blick bleiben.

Viele Gruppen würden profitieren

Zugutekommen würde all das vor allem Haushalten mit Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen, ferner Wohngruppen und Wohngemeinschaften, Studierenden und Auszubildenden, und insgesamt Haushalten, die auf Sozialleistungen angewiesen sind: etwa Wohngeld, Hartz IV, Verletztengeld oder Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Wir sind gespannt, wie die CDU/SPD-Regierung auf unsere Vorschläge reagieren wird. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, auf dessen Befriedigung nicht verzichtet werden kann.

Grund zum Feiern, Grund zum Kämpfen

Am 23. Mai 1949, vor 70 Jahren, verkündete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. „Es ist als Gegenentwurf zur Nazi-Barbarei konzipiert. Artikel 1 ist eine direkte Antwort auf den Zivilisationsbruch“, so **Rechtspolitiker Klaus Bartl** in der von der Linksfraktion beantragten Debatte zum Jahrestag. DIE LINKE bringe die Diskussion bewusst ins Landtagsplenum, „obwohl wir die derzeitige Gesellschaftsform und ihren Staat nicht als der Weisheit letzter Schluss betrachten, obwohl wir in ihr viel Kritikwürdiges erkennen und verändern wollen“, so Bartl. Dennoch repräsentierten das Grundgesetz und seine humanistische Werteordnung „für uns die Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, die es in jeder Gesellschaftsordnung, die den Anspruch erhebt, über diese hinauszugehen, im dialektischen Sinne ‚aufzuheben‘, also zu bewahren gilt.“ Hinter den Grundkonsens von Humanismus sowie Grund- und Freiheitsrechten dürfe nie wieder zurückgefallen werden. „Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist das geistige Fundament des Grundgesetzes“, pflichtete **LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt** bei.

Errungenschaften müssten verteidigt werden. Das Bundesverfassungsgericht trage – neben einer aktiven, couragierten Zivilgesellschaft – entscheidend zum Verfassungsschutz bei. Es setze Politikern Grenzen, die den Grundkonsens missachteten. Bartl verwies auf Innovationen – etwa das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, 1983 im „Volkszählungsurteil“ geschaffen, oder das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, das 2010 definiert worden ist.

Anders als das Bundesverfassungsgericht trage das sächsische Landesamt

für Verfassungsschutz nichts zu seinem Auftrag bei, kritisierte hingegen Rico Gebhardt mit Blick auf dessen aktuellen Jahresbericht. „Dort hat man keine Probleme mit Veranstaltungen, wo ‚Absaufen!‘ gerufen wird – als Ausdruck des Wunsches, die Flüchtlinge auf dem Mittelmeer mögen ertrinken. Dagegen findet man den Ruf ‚Nazis raus!‘ verdächtig.“



Es gehe darum, sich auf dem Boden des Grundgesetzes zu bewegen, nicht nur dort zu stehen, zitierte Gebhardt seinen Vor-Vorgänger Peter Porsch. Der Grundsatz in Artikel 3 „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ solle auch so verstanden werden, dass im Landtag mindestens so viele weibliche wie männliche Abgeordnete sitzen sollten.

„Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten genau, dass eine allzu große soziale Spaltung die Gesellschaft gefährdet“, fuhr Gebhardt fort. Die Verfassung lege keine Wirtschaftsordnung fest, sondern ermögliche eine demokratisch-sozialistische Entwicklung weg vom Kapitalismus. Klaus Bartl verwies dazu auf das Sozialstaatsprinzip in Art. 20 Abs. 1, die

Nutzung des Eigentums zum Wohl der Allgemeinheit in Art. 14 Abs. 2 und die Möglichkeit für Enteignungen gegen Entschädigung in Abs. 3. Nach Art. 15 dürfen Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel vergesellschaftet und in Gemeineigentum überführt werden.

Das Fazit der Linksfraktion: „70 Jahre Grundgesetz: Ein Grund zu feiern? Ja, selbstverständlich! Ein Grund zu kämpfen! Ja, auf jeden Fall!“

Europa gelingt nur als Sozialunion

Die Krise der EU hat viele Ursachen – eine besteht darin, dass sie zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion, nicht aber eine Sozialunion ist. Die einseitige wirtschaftspolitische Orientierung ist problematisch: Vom Wirtschaftsaufschwung profitieren reichere Bevölkerungsschichten, zahlreiche EU-Länder haben indes weiter sehr hohe Erwerbslosenzahlen und Armutsquoten. Viele Menschen aus diesen Ländern müssen im Ausland Arbeit suchen. Es gibt keine europäische Übereinkunft über sozialpolitische Schutzmechanismen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger.

2017 wurde die „Europäische Säule sozialer Rechte“ vom EU-Parlament, dem Rat der EU und der EU-Kommission proklamiert. Sie enthält 20 Prinzipien im Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitsbereich mit dem Ziel, soziale Mindeststandards festzulegen. Jedoch: Sie sind unverbindlich. Die Linksfraktion wollte die Staatsregierung deshalb beauftragen (Drucksache 6/17432), zur Stärkung der Europäischen Säule sozialer Rechte beizutragen.

Deren Prinzipien sollen Teil des EU-Vertragswerks und soziale Rechte einklagbar werden. **Susanne Schaper, sozialpolitische Sprecherin:** „Wir brauchen eine soziale Integration in der EU, die den Markt korrigiert. Wir brauchen ein soziales Europa, damit ökonomischen Wanderungsgründen der Nährboden entzogen wird. Rechtspopulisten verlieren Einfluss, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt ist, dass sie es auch der EU verdanken, wenn sie in ihrem Heimatland friedlich und auskömmlich, also sozial sicher leben können.“

Ihre **Fraktionskollegin Antje Feiks** kritisierte die Staatsregierung für ihre Stellungnahme zum Vorschlag – Europa-Minister Oliver Schenk (CDU) hatte vor allem begründet, weshalb Sachsen nicht wirklich etwas mit der Weiterentwicklung der sozialen Säule zu tun habe. „Europaminister anderer Bundesländer schaffen es sehr wohl, sich dazu klar zu positionieren“, so Feiks. Es sei unverantwortlich, dass

die Regierung Panikmache mit dem Argument betreibe, soziale Mindeststandards wie Mindesteinkommen oder auskömmliche Mindestlöhne würden die Mitgliedstaaten überfordern und die EU spalten. „Im Gegenteil, Menschen würden weniger gegeneinander ausgespielt, weil es nicht mehr um die billigere Arbeitskraft gehen würde.“

Die soziale Säule sei kein Teufelszeug – aber die Landesregierung unternehme nichts. Dabei könne sie gegen ungleiche Löhne für gleichwertige Arbeit bei Männern und Frauen vorgehen und für einen Mindestlohn streiten, der vor Armut schützt. Sie könne staatliche Aufträge an Tariftreue, die ILO-Kernarbeitsnormen und ökologische Nachhaltigkeit knüpfen. Die soziale Säule verpflichte sie auch, allen Menschen in Sachsen bezahlbaren Zugang zu Wasser, Energie, Verkehr und Kommunikationsdienstleistungen zu garantieren. Mit alledem könnte die Regierung die europäische Idee stärken.

Das müsste sie allerdings wollen.

Bitte einsteigen – auch in die Fahrgast-Mitbestimmung

Wer mit Bus und Bahn fahren will oder muss, erwartet zu Recht vor allem dreierlei: Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, bezahlbare Preise. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss funktionieren – diese Erwartung müssen die Zweckverbände erfüllen! Noch mehr Menschen sollen Bus und Bahn nutzen können. Das käme auch denen zugute, die das Auto brauchen.

*Fahrgäste können mit ihren Erfahrungen dazu beitragen. Wer will, soll mitreden dürfen – und zwar nicht nur mit Beschwerden, sondern schon bevor Pläne feststehen oder Vorhaben beschlossen sind. Wo und wie oft soll ein Bus oder ein Zug fahren? Worin soll investiert werden? Welche Anschlüsse soll es geben? Wie soll der Service aussehen, wie der Umwelt- und Lärmschutz? Wie wird Barrierefreiheit umgesetzt? Wie hoch sollen Fahrpreise sein? Zu solchen und anderen Fragen wollen wir Interessierten das Recht zur Mitsprache einräumen. Deshalb hat die Linksfraktion ein ÖPNV-Beteiligungsgesetz vorgelegt (Drucksache 6/15562). **Marco Böhme, mobilitätspolitischer Sprecher**, kritisierte vor allem, dass die – wenigen – sächsischen Fahrgastbeiräte de facto keine Rechte haben.*

Vorgesehen ist deshalb eine Reihe von Maßnahmen. Die ehrenamtlichen Fahrgastbeiräte sollen klare Rechte bekommen. Zweckverbände sollen verpflichtet werden, solche Beiräte einzurichten, in denen Fahrgäste ihre Interessen gegenüber der Verwaltung und den Verkehrsunternehmen vertreten. Beteiligung muss organisiert werden – dafür sollen die Landkreise hauptamtliche Beauftragte bestellen. Auch auf der Landesebene soll ein unabhängiger Beirat die Interessen der Fahrgäste vertreten. Die Regierung soll sein Votum berücksichtigen müssen. Am Tisch sitzen die Kommunalen Fahrgastbeiräte, Kommunale Teilnehmungsmanager/innen, Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen sowie Vereine und Verbände im Bereich Mobilität. Zudem soll der Landtag eine Beauftragte oder einen Beauftragten wählen, der sich gegenüber der Regierung für die Interessen der Fahrgäste starkmacht.

„Der Fahrgast ist nahezu rechtlos, er muss auch für schlechte Leistungen den vollen Preis bezahlen“, so der Fahrgastverband ProBahn 2003. Schluss damit!

Weniger Lärm und Unfälle – mehr Klimaschutz!

Wir wollen die Mobilitätswende für Sachsen – die muss man grundsätzlich anpacken. Deshalb hat die Linksfraktion im Landtag eine „ÖPNV-Reform Sachsen 2019“ gefordert (Drucksache 6/17160). „Vorbild unseres Gesetzentwurfs sind Österreich und die Schweiz, wo das letzte Dorf auf dem Berg an den öffentlichen Personenverkehr angeschlossen ist und die Leute auch damit fahren“, so **Marco Böhme, mobilitätspolitischer Sprecher der Linksfraktion**. Langfristig sollten alle Menschen in Sachsen ohne Auto mobil

angeboten werden, die größeren im Halbstundentakt. Zugleich soll es einen sachsenweiten Tarifverbund mit landesweit gültigen Ausbildungs- und Sozialtarifen geben – das ist insbesondere wichtig, weil die CDU/SPD-Regierung noch immer kein Bildungsticket zustande gebracht hat. Beim Schülerverkehr ist die Fahrzeit zur Grundschule auf 15 und in die weiterführenden Schulen auf 30 Minuten zu begrenzen.

Wir wollen den ÖPNV in Sachsen zudem komplett barrierefrei machen, und er

ell informiert sind und ihr Recht einfordern können, wenn mal etwas nicht klappt.

Die Regierung hat eine ÖPNV-Strategiekommission eingesetzt, die umfangreiche Empfehlungen vorgelegt hat. „Das ist nun fast zwei Jahre her – geschehen ist praktisch nichts. SPD-Verkehrsminister Dulig haut eine Ankündigung nach der anderen raus und Ministerpräsident Kretschmer schaut untätig zu“, kritisiert Böhme. „Das müssen wir dringend ändern – Sachsen muss endlich



sein können – auch außerhalb der Großstädte. Die Kommunen müssen dieses Ziel als Pflichtaufgabe umsetzen, wofür sie klare Vorgaben vom Freistaat brauchen – und natürlich Geld.

Auch die kleinste Gemeinde soll künftig mindestens im Zwei-Stunden-Takt

sollte flächendeckend über zeitgemäße Ausstattung, z.B. WLAN, verfügen. „Mittelalter-Züge“ wie zwischen Leipzig und Chemnitz gehören ins Geschichtsbuch und nicht aufs Gleis.

Und es muss klare Servicegarantien geben, damit alle Fahrgäste stets aktu-

losfahren ins Zeitalter sicherer, attraktiver und gesunder Mobilität für alle!“

Sachsens Landesregierung schafft es bisher nicht einmal, für den Verkehr vorgesehene Bundesmittel vollständig an die Zweckverbände weiterzugeben. Höchste Zeit für den Kurswechsel!

Wir bleiben dabei: Wählen mit 16!

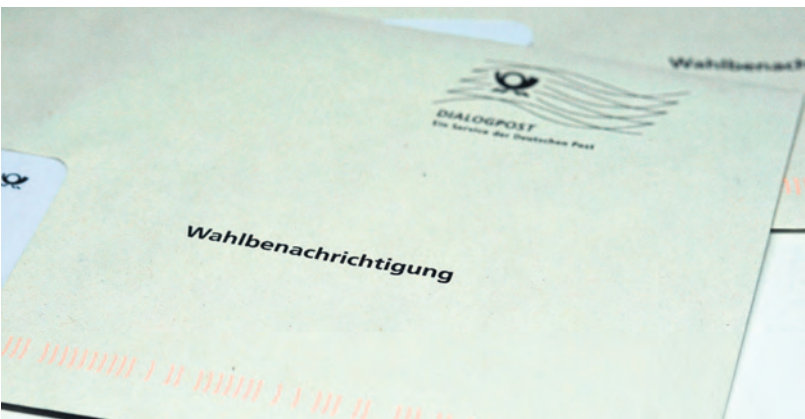
Nicht nur #fridaysforfuture zeigt es: Immer mehr junge Menschen stehen gegen Missstände auf und mischen sich ein in politische Auseinandersetzungen. Das ist gut! Die Linksfraktion will schon lange erreichen, dass Kinder und Jugendliche stärker mitbestimmen können. Dazu hatten wir im September 2018 einen Gesetzentwurf (Drucksache 6/14865) vorgelegt. Bei Wahlen zum Landtag, zu den Kommunalparlamen-

ten sowie bei Volksanträgen, Volksbegehren und Volksentscheiden sollen junge Menschen künftig schon ab ihrem 16. Geburtstag abstimmen können.

„Der Staat sollte zivilgesellschaftliches Engagement so gut wie möglich unterstützen – auch und gerade das junger Menschen. Je früher sie sich beteiligen können, desto stärker ist ihre langfristige Bindung an die Demokratie“, so

Lutz Richter, demokratiepolitischer Sprecher. Österreich sowie eine Reihe von Bundesländern seien da längst weiter als Sachsen. Zusätzlich zum geringeren Wahlalter sollen in den Kommunen Kinder- und Jugendvertretungen eingerichtet werden, damit Kinder und Jugendliche als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ortschafts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten wirken und nötigenfalls ihr Veto gegen Beschlüsse einlegen können.

Im Mai-Plenum hatte der Landtag über den Vorstoß zu entscheiden – CDU und SPD stimmten ihn nieder. Dabei fordert sogar die Junge Union inzwischen, dass Jugendliche in den Kommunen ab 16 wählen dürfen. Richters Fazit: „Michael Kretschmer und Co. fürchten sich offensichtlich vor politisch aktiven jungen Leuten – sogar vor ihrem Parteien-Nachwuchs! Darüber kann ich nur den Kopf schütteln. Der Freistaat braucht eine andere politische Mehrheit, die zivilgesellschaftliches Engagement nicht als Störfeuer begriff.“



Kinderhymne statt Deutschlandlied!

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow fordert eine neue Hymne – mit Verweis auf die unvollendete deutsche Einheit: „Ich würde mir wünschen, dass wir eine wirklich gemeinsame Nationalhymne hätten.“ Ein neuer Text solle „so eingängig“ sein, „dass sich alle damit identifizieren können.“ **Rico Gebhardt, Vorsitzender der Linksfraktion**, stimmt zu: „Nach 30 Jahren holt uns die unaufgearbeitete Vergangenheit eines Beitritts ein, der keine Vereinigung auf Augenhöhe war.“ Er bevorzuge die „Kinderhymne“ von Bertolt Brecht: „Der Text ist von schlichter Schönheit und entspricht einem aufgeklärten Heimatverständnis, das keinen Platz für Nationalismus und übersteigerten Patriotismus lässt.“ Das „Lied der Deutschen“ sei nunmal unwiderfürlich missbraucht worden. Einfach nur weiter die dritte Strophe zu singen sei Ausdruck mangelndem Mutes, gemeinsam Neues zu wagen.

Aufarbeitung gelingt nur gemeinsam

Das Landtags-Präsidium hatte zwei Mitglieder für den Beirat des „Härtefallfonds SBZ/DDR“ zu wählen. Dessen Zweck ist die „Unterstützung ehemals Verfolgter“ in Form von „Leistungen zur Linderung besonderer Notsituationen“. Dem Beirat gehören auch ein Beisitzer auf Vorschlag der Regierungsfractionen und einer auf Vorschlag von mindestens einer Oppositionsfraction an. Die Linksfraktion hatte **Susanne Schaper** nominiert, eine anerkannte Sozialpolitikerin. Bei der Abstimmung wurde die frühere Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz einstimmig gewählt; die Vertreterin der Oppositionsfractionen wurde in geheimer Wahl bestimmt. Schaper erhielt mehr Stimmen als Mitglieder der Linksfraktion anwesend waren, die Mehrheit votierte jedoch für die frühere GRÜNEN-Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach.

Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, gratulierte beiden, übte aber auch Kritik. „Die Koalition hat die Chance ignoriert, ein Zeichen souveränen Handelns auszusenden. Offenbar ging es der CDU vor allem darum, uns weiter von der Aufarbeitung auszuschließen, um uns weiter vorwerfen zu können, wir würden uns der Aufarbeitung verweigern. Auch wir später Geborenen müssen uns der Verantwortung stellen, Unrecht zu lindern. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam wirklich bewältigt werden. Dazu sind wir weiter bereit.“



Plenarspiegel Mai 2019

Die 92. und 93. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 22. bis zum 24. Mai 2019 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit diesen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„70 Jahre Grundgesetz: Ein Grund zu feiern? Ein Grund zu kämpfen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Regelung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen“ (Drs 6/14865)

„Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs“ (Drs 6/15562)

„Gesetz zur Einführung einer Stellenzulage für Justizwachtmeister im Sitzungs-, Ordnungs- und Vorführungsdienst bei den Gerichten“ (Drs 6/16432)

„Gesetz über den sozialen Wohnraum“ (Drs 6/17549)

Dringlicher Antrag

„Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst beim Wort nehmen: Eingriff in die Freiheit der Kunst des Freiburger Theaters beenden!“ (Drs 6/17755)

Anträge

„Europäische Union sozial gestalten – Säule sozialer Rechte durch den Freistaat Sachsen umfassend stärken!“ (Drs 6/17432)

„ÖPNV-Reform Sachsen 2019“ (Drs 6/17160)

Sammeldrucksache 6/17633 u. a. mit den LINKEN Anträgen

„Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung in Sachsen“ (Drs 6/13835)

„Diabetes-Erkrankungsrisiko senken – Erkrankte frühzeitig erkennen und behandeln“ (Drs 6/3620)

„Parité-Bericht erstellen – politische Beteiligung von Männern und Frauen analysieren“ (Drs 6/17199)

Drucksachen (Drs) unter www.edas.slt.sachsen.de

Lohnangleichung Ost-West bis 2025!

Beim 5. Parlamentariertag diskutierten am 2. und 3. Mai in Leipzig Abgeordnete der LINKEN aller Ebenen, StaatssekretärInnen und MinisterInnen mit Gästen aus Wissenschaft, Kunst und Politik, Vereinen und Verbänden über ihre Erwartungen für Ostdeutschland. Mit dem Claim #MAYdaysforfuture hat DIE LINKE den Stand der Einheit und die Frage nach sozialem Frieden zum Schwerpunkt ihrer Debatten gemacht. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN, welche die Veranstaltung organisiert hatte, verabschiedete eine Erklärung, die wir in Auszügen dokumentieren. Begleitet wurde die Tagung durch eine Großfläche, die der **Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch und Sachsens Fraktionschef Rico Gebhardt** enthüllten.

Die soziale Einheit ist nicht vollendet

30 Jahre nach der staatlichen Herstellung der Einheit sind die Ergebnisse des Fleißes und der Kreativität der Menschen in den neuen Bundes-

ländern unübersehbar. Ja, es gibt sie, die sanierten Innenstädte, die frisch asphaltierten Straßen, die neuen Radwanderwege. Das Handwerk hat gut zu tun, Landwirte kultivieren die Landschaft von Kap Arkona bis Zittau. Theater, Hochschulen und Kliniken sind auf Top-Niveau. Der Osten lebt. Das verdanken wir den Menschen, die hier leben. Zeit, ihnen endlich den nötigen Respekt zu zollen!

Der Preis der Einheit war hoch und die Ostdeutschen zahlen ihn noch lange ab. Da ist der Aderlass in vielen Familien, die Kinder kommen mit den Enkeln zu den Festtagen. Es fehlt das Kindergeschrei auf den Straßen. Noch immer gibt es im Osten weniger Rente für dieselbe Lebensleistung. Und wer nach der Wende lange arbeitslos war oder nur wenig verdient, dem droht eine mickrige Rente. Die Armutsquote ist jetzt schon höher und es sind mehr Menschen erwerbslos. Ostdeutsche haben weniger Vermögen, die Tarifbindung und die Gewerkschaften sind hier schwächer.



Lohnunterschiede Ost/West

Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür durchschnittlich 5.000 Euro weniger als ihre westdeutschen KollegInnen. Für DIE LINKE sind das inakzeptable Zustände. Der Lohnabstand zwischen Ost und West ist kein Schicksal, er ist menschengemacht. Ein wichtiger Weg, um den Lohnabstand zu minimieren, liegt in einer Stärkung der Tarifbindung. Wer nach Tarif bezahlt wird, verdient bereits heute im Osten kaum weniger als im Westen. Dass eine 1:1-Lohnangleichung möglich ist, bewies zuletzt die IG-Bau. Für die mehr als 600.000 Beschäftigten des Gebäudereiniger-Handwerks wird die Anhebung der Löhne auf West-Niveau in vier Schritten bis 2020 realisiert.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind Verfassungsgebot

Wo das Verfassungsgebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht beachtet wird, gerät das Grundgesetz selbst in Gefahr. Die Würde des Menschen ist verletztlich, durch das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, durch die Angst, im Alter arm zu sein, durch Einsamkeit, durch den Verlust des Glaubens, dass sich etwas ändern wird, wo sich lange nichts zum Guten gewendet hat. Demokratie gedeiht nur in blühenden Landschaften. Wir haben darum in ganz Deutschland eine besondere Verantwortung im Umgang mit den sozialen wie regionalen Ungleichheiten. Heute fordern wir ein milliardenschweres Investitionsprogramm für eine aktive regionale Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistungen in Ost und West, für Frauen und Männer, für Jung und Alt. Bis 2025!

Wachtmeister brauchen eine Gefährdungszulage

Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister leiden in Sachsen unter einer paradoxen Situation. Zwar erlaubt es die Gesetzeslage grundsätzlich, ihnen eine Gefährdungszulage zu zahlen. Allerdings müssten sie dafür nahezu ausschließlich in einem geschlossenen Vorfühbereich tätig sein. Solche Tätigkeitsbereiche gibt es aber an sächsischen Gerichten nicht!

Alle Wachtmeisterinnen und Wachtmeister, die im Sitzungs-, Ordnungs- und Vorführungsdienst der Gerichte oder in Staatsanwaltschaften eingesetzt sind, sollten eine Gefährdungszulage bekommen. Das begehrt die Linksfraktion per Gesetzentwurf (Drucksache 6/16432). „Sie sind in ihrer täglichen Arbeit nicht weniger in physischer, psychischer und mentaler Hinsicht besonderen Belastungen ausgesetzt als andere Berufsgruppen – etwa Bedienstete im Strafvollzug, bei der Feuerwehr, Polizei oder beim Zoll, die durchweg derartige Stellenzulagen erhalten“, so **Rechtspolitiker Klaus Bartl**. „Justizwachtmeis-

terinnen und Justizwachtmeister gehen regelmäßig mit Personen um, die gegen ihren Willen festgehalten werden. Sie treffen auf Sympathisanten, Täter, Opfer, rivalisierende Gruppen. Sie müssen Flucht- und Befreiungsversuche vereiteln. Sie unterliegen durch den oft engen körperlichen Kontakt mit chronisch mehrfach geschädigten und oft auch drogenabhängigen Angeklagten oder Zeugen einer besonderen Ansteckungsgefahr. Mediales Interesse an Strafprozessen führt zudem dazu, dass sie oft erkennbar in der Berichterstattung vorkommen.“

Eine Zulage gibt es in anderen Bundesländern längst: Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Bayern oder Berlin sind in dieser Hinsicht bessere Dienstherrn. CDU und SPD in Sachsen aber wollen den Handlungsbedarf nicht sehen. „Dabei ist die Besoldung von Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeistern generell beschämend niedrig. Beim Berufseinstieg bekommen sie nur wenig mehr als den

Mindestlohn, es gibt kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Insofern wäre die Stellenzulage ein wichtiger erster Schritt“, so Bartl. DIE LINKE werde weiter dafür kämpfen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag